

EVD KW Zentrale 1914–1918/1–2

*Le Délégué du Conseil fédéral pour les Questions économiques  
et industrielles, H. Heer,  
au Chef du Département de l'Economie publique, E. Schulthess*

L

Paris, 24. März 1919

[...]<sup>1</sup>

*Abkommen.* Die Situation Frankreichs hinsichtlich seiner Finanzen ist ohne Zweifel sehr ernst. Man hat ins Publikum das geflügelte Wort geworfen: «Que l'Allemagne paye d'abord», und bereits hat sich ein Bund gebildet, welcher den Grundsatz aufstellt, dass seine Mitglieder keine Steuern zahlen werden bis

---

1. *Précédent des indications sur le problème des transports du charbon destiné à la Suisse.*



Deutschland bezahlt hat. Die Stellung des Finanzministers ist so erschüttert, dass man offen von seinem Nachfolger spricht. Dieser letztere, Marsal, directeur de la Banque privée, hat aber verlangt, zunächst während drei Wochen die Situation studieren zu dürfen, bevor er sich zur Annahme des Portefeuilles bereit erklären könne. Das ist voraussichtlich nicht vor 14 Tagen zu erwarten. In dieses Chaos hinein fiel nun die Schwierigkeit mit England, welches den Totalbetrag der von der Schweiz an Frankreich zu bezahlenden Kohlenlieferungen in Schweizerfranken für sich verlangt und nicht davon abzubringen ist. Dadurch wurden die Grundlagen finanzieller Natur für unser Abkommen verändert, und das Finanzministerium weigert sich nun des bestimmtesten, das Abkommen zu unterzeichnen, während das hiesige auswärtige Amt energisch drängt, dass dasselbe unterschrieben werde. Es besteht daher ein Antagonismus zwischen beiden Ministerien, dessen Ende noch nicht absehbar ist. Wir sollen heute eine Plenarsitzung haben, wobei wir jedoch kaum auf eine Vereinigung der entgegengesetzten Ansichten rechnen können.

Unter diesen Umständen werden wir morgen auf alle Fälle abreisen, um einmal alles wieder mündlich mit Ihnen beraten zu können und evtl. mit neuen Instruktionen später wieder hierher zu kommen. Vorher werden wir noch versuchen, wenigstens die Wiederaufnahme des Imports durchzusetzen.

In diese schwierige Situation zwischen Auswärtigem und Finanzen hinein fiel Ihre gestrige Depesche bezüglich der deutschen Zahlungen in der Schweiz. Wir hielten es daher für angezeigt, vorläufig keine Note dem Auswärtigen zu übergeben, sondern Herr Dunant wird mit de Lasteyrie Rücksprache nehmen, um von ihm zu erfahren, in welcher Weise Deutschland seine Schulden an die Schweiz abbezahlen kann. Diese Beschlüsse wurden im Einverständnis mit Herrn Calonder und Herrn Frey gefasst. Eine Antwort auf Ihre Depesche wird sofort nach dem Gespräch Lasteyrie–Dunant erfolgen.

Wir alle sind der Meinung, dass ein Goldexport, nachdem er den Deutschen direkt refusiert worden ist, auch auf Drängen der Schweiz nicht gestattet werden wird. Als einziger Ausweg erscheint heute die Lieferung von Kohle deutscherseits an die Schweiz, womit nach und nach die Schulden abgetragen werden können, was ja auch bei Frankreich die Absicht war mit der Saarkohlenlieferung, bis England einen Strich durch die Rechnung machte. Wenn daher Zeit gewonnen werden muss, so dürfte diese Lösung allein sofort mit den Deutschen aufzunehmen sein.

/.../²

---

2. Suit un passage sur l'affaire de Derendingen.